

ETHNISCHE SÄUBERUNG VON JERUSALEM

Menschenrechtsorganisationen warnen davor, dass Israel im Begriff ist, die letzten Pflöcke für die Errichtung eines jüdischen Groß-Jerusalem einzuschlagen. Dies würde zwangsläufig eine ethnische Säuberung nach sich ziehen, bei der Zehntausende von Palästinensern aus einer Stadt vertrieben würden, in der ihre Familien seit Generationen gelebt und gearbeitet haben.

■ Jonathan Cook

Seit die Israelis vor über zehn Jahren damit begonnen haben, eine Stahl- und Betonmauer quer durch palästinensische Vororte Jerusalems zu bauen, beschleunigt sich der demographische Wandel unter der Stadtbevölkerung, wie Menschenrechtsorganisationen und palästinensische Forscher dargelegt haben. Jetzt soll dieser Wandel auch noch gesetzlich zementiert werden. Wie Jerusalem in Zukunft aussehen soll, zeigen zwei parlamentarische Gesetzesentwürfe, die in der israelischen Regierung auf große Zustimmung stoßen.

Zum einen sollen etwa 150 000 jüdische Siedler, die in illegalen Siedlungen im Westjordanland rund um die Stadt leben, künftig als Bewohner Jerusalems gelten. Damit steigt nicht nur der jüdische Bevölkerungsanteil, sondern es wird auch eine weitere Rechtsverschiebung bei den Kommunalwahlen geben, da diese Neubewohner wahlberechtigt sind. Zum anderen sollen über 100 000 Palästinenser, die auf der „falschen“ Seite der Absperrungen leben, ihre Rechte verlieren. Für sie soll ein separater Ortsbeirat zuständig sein – ein erster Schritt dahin, ihnen die Stadtzugehörigkeit zu entziehen und ihnen das Betreten Jerusalems zu verwehren.

Gleichzeitig erhöht sich der politische Druck auf die Palästinenser innerhalb der Stadt, um sie zum Wegzug aus der Stadt zu bewegen. Sie werden durch nächtliche Verhaftungen und Abriss ihrer Häuser schikaniert, ihr Land wird enteignet und ihnen grundlegende Dienste der Daseinsvorsorge verwehrt. Damit sollen Fakten für künftige Friedensverhandlungen geschaffen und jedwede Möglich-

keit zunichtegemacht werden, Ostjerusalem zur Hauptstadt eines palästinensischen Staates zu machen, wie der Forscher Aviv Tartasky von Ir Amim meint, einer Bürgerrechtsorganisation, die sich für faire Behandlung von Palästinensern in Jerusalem einsetzt. Er sieht darin eine „ethnische Säuberung ohne Waffengewalt, mit der Israel auf dem Gesetzesweg die palästinensische Bevölkerung Jerusalems um ein Drittel verringern will.“

Wettkampf mit der Zeit

Israels Sorgen wegen der demographischen Entwicklung reichen bis zur Besetzung und Annexion Ostjerusalems 1967 zurück, als die dortige palästinensische Bevölkerung mit der jüdischen in Westjerusalem zusammengewürfelt wurde. Damals wurden auch die Stadtgrenzen erweitert, um sich klammheimlich Westbank-Gebiet einzuverleiben. Ursprünglich hatte Israel eine Obergrenze für den palästinensischen Bevölkerungsanteil in seiner sogenannten „ewigen, unteilbaren Hauptstadt“ von 30 % festgelegt. Seither jedoch machen die Zeitläufte diese Quote zunichte, da infolge der höheren Geburtenrate die palästinensische Bevölkerung in Ostjerusalem auf über 315 000 und damit auf knapp 40 % angestiegen ist. Prognosen zufolge könnte der palästinensische Bevölkerungsanteil innerhalb der nächsten zehn Jahre sogar bei über 50 % liegen.

Obwohl nur wenige Palästinenser in Jerusalem die israelische Staatsbürgerschaft angenommen haben oder annehmen durften und nahezu niemand von ihnen an den Kommunalwahlen teilnimmt, befürchtet Israel, dass seine Herrschaft über die Stadt durch die demographische Entwicklung unhaltbar werden könnte. Der palästinensische Wissenschaftler Mahdi Abdul Hadi meint: „Wir haben es in Jerusalem mit einem im Entstehen begriffenen Apartheidregime zu tun. Die israelische Politik wird von demographischen Überlegungen beherrscht und dies hat zu einer enormen Spaltung innerhalb der Gesellschaft geführt, bei der die Palästinenser erstickt werden.“

Die Furcht, von der demographischen Entwicklung Jerusalems überrollt zu werden, hat führende Politiker und Sicherheitsverantwortliche in Israel letztes Jahr dazu veranlasst, eine breit angelegte, intensive Kampagne unter der

Bezeichnung „Rettet die jüdische Identität von Jerusalem“ zu starten. Darin werden die jüdischen Bewohner gewarnt, sie könnten „eines Tages mit einem palästinensischen Bürgermeister aufwachen“, wenn denn die Palästinenser die Bevölkerungsmehrheit stellen und wählen gehen.

Das ganze Jahr über haben sich amtierende Minister, einschließlich des Erziehungsministers Naftali Bennet, vehement dafür stark gemacht, Maale Adumim, eine große Siedlung in der Westbank, zu annektieren. Inzwischen zeichnet sich ab, dass sie sich durchsetzen könnten. So wurde kürzlich eine Regierungskommission damit beauftragt, einen Gesetzesentwurf zu Großjerusalem vorzulegen, wonach die Stadtgrenzen so ausgedehnt werden sollen, dass Maale Adumim und einige weitere große Siedlungen der Westbank einbezogen werden.

De-facto-Annexion

Faktisch fände also eine unausgesprochene Annexion statt, um somit 150 000 zusätzlichen Israelis das Kommunalwahlrecht für Jerusalem zu verschaffen. Der derzeitige Verkehrsminister Israel Katz, der an dem Gesetzesentwurf beteiligt war, gab offen zu verstehen, dass er in der Stadt „die jüdische Mehrheit sichern“ will. Und eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass 58 % der jüdischen Israelis das Vorhaben unterstützen.

Auf Druck der US-Regierung hat Netanjahu den Gesetzesentwurf vorerst auf Eis gelegt, um einen möglichen Friedensplan der US-Diplomatie nicht zu gefährden, [was durch Trumps Jerusalem-Erklärung freilich ohnehin konterkariert worden ist]. Doch sobald der Druck nachlässt, könnte das Gesetz wieder auf den Weg gebracht werden, befürchtet Ir Amim. Damit wäre das Gesetz „die erste praktische Maßnahme seit der Annexion von Ostjerusalem 1967, mit der die faktische Annexion von Gebieten in der Westbank durch Israel rechtlich abgesegnet werden kann.“ Nachdem jahrzehntelang jüdische Siedlungen inmitten palästinensischer Gebiete errichtet wurden, um deren Entwicklung und Wachstum zu hemmen, will Israel nun die beiden Bevölkerungsteile zu entflechten, meint Tartasky.

Landnahme und Vertreibung

Die Auswirkungen vor Ort sind bereits unverkennbar. Am 17. November stürmten israelische Militärs das zwischen Ostjerusalem und der Siedlung Maale Adumim gelegene Dorf Jabal al-Baba und übergab den 300 Bewohnern „Ausweisungsbescheide“. Bereits zuvor war im August die Dorfschule von der israelischen Armee zerstört worden. „Diese palästinensischen Gemeinden außerhalb Jerusalems

sind den Israelis ein Dorn im Auge“, sagt Tartasky. „Israel versucht, den dortigen Bewohnern das Leben so schwer wie möglich zu machen, damit sie fortziehen und dadurch ein zusammenhängendes Gebiet zwischen Jerusalem und den jüdischen Siedlungen entsteht.“

Der jüngste Militärschlag gegen Jabal al Baba ereignete sich unmittelbar, nachdem Israel den Einwohnern von Al-Walaja mitgeteilt hatte, dass ihnen am Dorfeingang ein militärischer Checkpoint vor die Nase gesetzt würde. Dadurch würden sie von den Terrassengärten in der Hochebene von Jerusalem, die von ihnen seit Generationen bewirtschaftet werden, abgeschnitten werden. Obwohl viele der dortigen Bewohner mittels israelischer Dokumente als Bürger von Jerusalem ausgewiesen sind, würden sie durch den neuen Checkpoint faktisch von der Stadt, genauso wie von ihrem Land, abgeschnitten werden. Die Terrassen und die nahegelegene Quelle, wo die Dorfbewohner ihr Vieh tränken, sollen dann als Attraktionen in den sog. Jerusalem Metropolitan Park einbezogen werden.

Unterdessen verschärft Israel seinen Würgegriff um die palästinensischen Wohnsiedlungen in Ostjerusalem. Die Bewohner jenseits der Betonmauer dort sind bereits seit langem faktisch durch den Jerusalemer Magistrat ausgegrenzt worden es wird ihnen immer schwerer gemacht, in die Stadt zu gelangen, wie der palästinensische Jerusalemsspezialist Daoud Alg'ol meint. Ein Gesetzesentwurf des israelischen Einwanderungsministers Ze'ev Elkin sieht vor, palästinensischen Nachbargemeinden von Jerusalem, wie Al-Walaja, Kafir'Aqab, das Flüchtlingslager Shuafat und Anata, die hinter der Trennmauer liegen, die Verwaltungszugehörigkeit zu Jerusalem zu nehmen. Stattdessen sollen sie einer eigenen Verwaltungsbehörde unterstellt werden, was den palästinensischen Bevölkerungsanteil von Jerusalem schlagartig um ein Drittel verringern würde.

Alg'ol meint hierzu: „Wenn die Palästinenser erst einmal einer eigenen Gemeindeverwaltung unterstellt sind, wird Israel argumentieren, dass ihr Lebensmittelpunkt nicht mehr in Jerusalem liege, und wird ihnen die Meldepapiere für Jerusalem entziehen. Dies passiert schon länger, aber jetzt wird es in viel größerem Umfang passieren.“ Seit 1967 hat Israel über 14 000 Palästinensern die Wohnsitzgenehmigung entzogen und sie somit gezwungen, Jerusalem zu verlassen.

Ausgrenzung

Obwohl ihre Bewohner Steuern an die Jerusalemer Verwaltung zahlen, sind die palästinensischen Gebiete jenseits der Trennmauer schon „Grauzonen“, die bewusst der Verwahrlosung und Gesetzlosigkeit ausgesetzt werden. Die Bewoh-

ner von Kafr'Aqab bspw., das vom übrigen Ostjerusalem durch die Mauer und einen militärischen Kontrollposten isoliert ist, sind von den städtischen Versorgungsleistungen weitgehend abgeschnitten. Gleichzeitig verwehrt Israel ihnen die Unterstützung durch die palästinensischen Autonomiebehörden. Sie leben sozusagen in einem Niemandsland, sagt Alg'ol.

Diese Gebiete sind zu einem Refugium für Kriminelle geworden und für palästinensische Familien, die über die strikten Regelungen des israelischen Melderechts gestolpert sind. Den Palästinensern im Westjordanland wird der Zutritt durch die Mauer nach Jerusalem verwehrt und Palästinenser in Jerusalem riskieren, ihr Residenzrecht zu verlieren, wenn sie sich aus der Stadt herausbegeben. Ehepaare, die über diese Grenzen hinweg geheiratet haben, konnten in Kafr'Aqab Zuflucht nehmen, während Israel diese Nachbargemeinden allmählich von Ostjerusalem abtrennt. Durch diesen Zuzug ist die dortige Bevölkerung in den letzten Jahren von ein paar Tausend auf mehrere Zehntausend Einwohner gestiegen.

In der Folge ist die Zahl der Neubauten außerhalb der Mauergrenzen explodiert, da sich die Palästinenser zunutze gemacht haben, dass Israel die baurechtlichen Vorschriften nicht durchsetzt. Natürlich wollte Israel damit bloß die demographische Entwicklung beeinflussen, wie Alg'ol bemerkt. „Die restriktive Handhabung der Baugenehmigungen und die Knappheit der Bauplätze innerhalb der Grenzmauer haben zu einer Wohnungsnot unter den Palästinensern geführt, da die Preise für sie nicht mehr erschwinglich sind. Sie werden dadurch gezwungen, sich außerhalb der Mauer niederzulassen, um bezahlbare Wohnungen zu finden. Der wirtschaftliche Druck erzeugt auf diesem Weg eine stillschweigende Umsiedlung.“

Palästinenser, die in Wohnvierteln innerhalb der Mauer leben, werden auch auf andere Weise vertrieben, meint Tartasky. Schon immer hat Israel durch verschiedene politische Maßnahmen den Palästinensern ihr Land weggenommen, ihnen das Leben innerhalb Jerusalems erschwert und ihre Wohnhäuser unter irgendwelchen Vorwänden zerstört. Beispielsweise wurden palästinensische Gebiete zu „Landschaftsschutzgebieten“ umgewidmet, um darauf befindliche Häuser als illegal erklären zu können. Oder es wurden die letzten Grünanlagen konfisziert, um jüdische Siedlungen zu errichten, oder aber es wurde den Siedlern erlaubt, palästinensischen Grundbesitz in der Altstadt und den umliegenden Vierteln zu übernehmen. Zugleich hat Israel seinen Zugriff auf die Heiligen Stätten der Stadt, besonders auf die al-Aqsa-Moschee immer weiter ausgebaut.

... und offene Repression

Gegenwärtig leben in Ostjerusalem etwa 200 000 jüdische Siedler. „Die Palästinenser und ihre Belange werden bei den Planungen in Jerusalem überhaupt nicht berücksichtigt, sie gelten bloß als Hindernis, das aus dem Weg geräumt werden muss“, wie Alg'ol meint. „Israel will das Land haben, aber nicht mit den Palästinensern darauf.“ Daher wächst der Druck in Jerusalem auf sie und ihre Wohnviertel bekommen keine Schulen oder sonstigen Versorgungsleistungen der Stadt. Die Folge ist, dass über 80 % der palästinensischen Kinder unterhalb der Armutsgrenze leben.

Der Jerusalemer Magistrat und die Polizei führen seit geraumer Zeit verschärfte „Ordnungsmaßnahmen“ gegen die Palästinenser durch, die von der Bevölkerung als „Kollektivstrafen“ empfunden werden. Angeblich um wieder „für Ordnung zu sorgen“, werden neuerdings überfallartig polizeiliche Nacht-und-Nebel-Aktionen in Vierteln wie A-Tur oder Issawiya durchgeführt, die mit Verhaftungen, Abrissverfügungen und Geschäftsschließungen einhergehen.

„Israel greift zu denselben militärischen Gewaltmaßnahmen wie im Westjordanland“, meint Tartasky. „Dahinter steckt, dass die Palästinenser dadurch angehalten werden sollen, in Wohnviertel hinter der Mauer zu ziehen, wo sie früher oder später ihr Wohnrecht verlieren. Solche Methoden werden vom israelischen Staat bewusst eingesetzt.“

Das Büro des Jerusalemer Bürgermeisters Nir Barkat dementiert, dass sich die Lage der Palästinenser in Ostjerusalem verschlechtert habe. Vielmehr habe es erhebliche Verbesserungen bei der Versorgung der Palästinenser mit Schulen, Gemeindezentren, Sportplätzen, neuen Straßen, Postdienstleistungen und Sozialhilfe gegeben. Der Bürgermeister habe „einen beispiellos ambitionierten und aufwändigen Plan entwickelt, die Missstände in Ostjerusalem zu beseitigen, die er durch fünfzig Jahre Schluderei seiner Amtsvorgänger und der jeweiligen israelischen Staatsregierungen geerbt habe.“

Alg'ol meint dazu, dass diese Verlautbarungen der Realität Hohn spotten. „Israel will eine Stadt schaffen, in der keine Palästinenser zu sehen sind. Wo es möglich ist, schreitet der Staat zur ethnischen Säuberung, und wo nicht, versteckt er sie ganz einfach.“

■ *Aus middle east eye vom 24.11.2017*

■ *Übersetzung: MiWe*